

Öffentliche Niederschrift

der XI/9. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 17. September 2026
Sitzungsbeginn: 17:32 Uhr
Sitzungsende: 19:21 Uhr
Sitzungsort: Großer Saal, Kurhaus Bad Fredeburg, Am Kurhaus 4, Schmallenberg-Bad Fredeburg

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Johannes Trippe

Stadtvertreter

Dietmar Albers
Hans-Georg Bette
Dietmar Weber
Matthias Albers
Michael Berg
Dirk Biecker
Ralf Blümer
Dr. Thorsten Conze
Martin Dornseifer
Michael Eiloff
Mathias Geißler
Annette Gerbe
Daniel Gierse
Alexander Gödeke
Theresa Gomes
Claus Guntermann
Marco Guntermann
Johannes Hardebusch
Christian Hömberg
Jürgen Meyer
Johannes Müller
Joseph Plett
Michael Rörig
Claudia Schauerte
Bernd Schrewe
Rafael Schröder
Andreas Schulte
Judith Schulte
Dr. Martin Steppeler
Stefan Vollmer
Friedrich Freiherr von Weichs
Jens Winkelmann
Kerstin Wunderlich

Ab 17:36 Uhr zu TOP 3

Von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
 Beigeordneter Andreas Plett
 Stadtverwaltungsrat Markus Risse
 Stadtangestellter Jürgen Schneider

Entschuldigt fehlen

Guido Altenhoff
 Johanna Hellermann
 Martin Peters
 Dr. Matthias Schütte
 Stefan Wiese

Bürgermeister Johannes Trippe eröffnet die heutige Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und die Stadtvertretung beschlussfähig ist.

Die Stadtvertretung stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A.	Öffentlicher Teil	Vorlage:
1.	Bestellung eines Schriftführers für die Sitzungen der Stadtvertretung	XI/212
2.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3.	Tätigkeitsbericht der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schmallenberg	
4.	Jahresabschluss 2025	XI/193
	a) Feststellung des Jahresabschlusses	
	b) Entlastung des Bürgermeisters gem. § 96 Abs. 1 GO NRW	
5.	Beschlussfassung über den Beteiligungsbericht und über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses für das Jahr 2025	XI/197
6.	Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltsplanes 2026	XI/192
7.	Über- und außerplanmäßige Auszahlungen im ersten Halbjahr 2026	XI/210
8.	Haushaltsstrukturkonzept 2026 - Beratung und Beschlussfassung	XI/204
9.	ÖPNV – Fortführung On-Demand-Verkehr ab 2027	XI/202
10.	Erneuerung Latroper Straße, Fleckenberg – Ergänzung Bauprogramm	XI/208
11.	Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der Stadt Schmallenberg	XI/213
	- Teilnahme am Förderprogramm „Heimatpreis“ des Landes NRW in den Jahren 2027 - 2029	
12.	Verschiedenes	

A. Öffentlicher Teil

TOP 1. Bestellung eines Schriftführers für die Sitzungen der Stadtvertretung

XI/212

Herr Trippe stellt den Sachverhalt anhand der Vorlage vor.

Die Stadtvertretung bestellt einstimmig bis auf Widerruf für seine Sitzungen den Stadtangestellten Jan Albers als Schriftführer.

TOP 2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.

TOP 3. Tätigkeitsbericht der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schmallenberg

Herr Schneider, Leiter der Feuerwehr in Schmallenberg, stellt einen aktuellen Tätigkeitsbericht anhand einer Präsentation (**Anlage 1**) vor.
Anschließend beantwortet er einige Fragen.

TOP 4. Jahresabschluss 2025

XI/193

a) Feststellung des Jahresabschlusses

b) Entlastung des Bürgermeisters gem. § 96 Abs. 1 GO NRW

Der Jahresabschluss sowie der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes des Hochsauerlandkreises über die Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 2025 und der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2025 nebst Anhang und Lagebericht waren bereits Gegenstand der Vorberatungen im Rechnungsprüfungsausschuss.

Ausschussvorsitzender Weber berichtet aus der Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss, trägt die der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügte Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses gem. § 59 Abs. 3 GO NRW zur Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Schmallenberg zum 31.12.2025 vor und bittet den Rat um Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2025.

Die Stadtvertretung fasst in getrennter Abstimmung jeweils einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1.1. Der Rat der Stadt Schmallenberg stellt die Bilanz zum 31.12.2025 mit der ausgewiesenen Bilanzsumme von 280.475.160,07 €, sowie die Ergebnisrechnung 2025 mit dem ausgewiesenen Jahresfehlbetrag von 1.052.824,52 € fest und genehmigt die in der Anlage dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. nimmt diese zur Kenntnis.
- 1.2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.052.824,52 € wird durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen.
- 1.3. Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister Entlastung für das Haushaltsjahr 2025.

Bürgermeister Johannes Trippe hat an der Beschlussfassung zu 1.3 gem. § 40 Abs. 2 letzter Satz GO NRW nicht mitgestimmt.

TOP 5. Beschlussfassung über den Beteiligungsbericht und über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Jahr 2025 **XI/197**

Herr Plett stellt den Sachverhalt anhand der Vorlage vor.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig den als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht für das Jahr 2025 und stellt das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2025 fest.

TOP 6. Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltsplanes 2026 **XI/192**

Der Sachverhalt aus der Vorlage wird durch Herrn Plett vorgestellt.

Herr Bette fragt, ob die Möglichkeit besteht, die Konnexitätslücke zu ermitteln. Er sei der Ansicht, dass die hohen Defizite aufgrund der Aufgaben durch Bund und Land Zustandekommen, da diese oft nicht oder nicht ausreichend gegenfinanziert würden. Der Haushalt erwecke den Eindruck, als würde die Stadt Schmallenberg schlecht wirtschaften, dies sei aber absolut nicht der Fall.

Herr Plett antwortet, dass der Aufwand dafür zu groß sei. Ferner erwähnt er, dass der Bund nun für alle neuen Bundesgesetze, bei denen Kosten für Kommunen entstehen, die Kosten zu mindestens 80% tragen werde. Dennoch brauche es eine große Reform der Kommunalfinanzierung, betont Herr Plett.

Die Stadtvertretung nimmt den Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltes 2026 zur Kenntnis.

TOP 7. Über- und außerplanmäßige Auszahlungen im ersten Halbjahr 2026 **XI/210**

Herr Plett stellt den Sachverhalt anhand der Vorlage dar.

Die Stadtvertretung nimmt die im ersten Halbjahr 2026 entstandenen in der Anlage 1 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von insgesamt 17.174,81 € zur Kenntnis und genehmigt einstimmig die außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 44.865,00 €.

TOP 8. Haushaltsstrukturkonzept 2026 - Beratung und Beschlussfassung **XI/204**

Herr Trippe und Herr Plett führen in das Thema ein. Die Redeskripte sind als **Anlage 3 und 4** dem Protokoll beigefügt.

Herr Winkelmann betont, dass dies eine der wichtigsten Entscheidung für die kommenden Jahre sei. Die Stadt Schmallenberg zeichne sich seit jeher durch eine kluge und vorausschauende Finanzpolitik aus, die dafür Sorge getragen habe, jederzeit handlungsfähig zu sein. Ihm sei bewusst, dass die Umsetzung der Maßnahmen auf der einen Seite Kürzungen von Zuschüssen bei freiwilligen Leistungen und auf der anderen Seite eine moderate Erhöhung der Steuersätze beinhalte. Gleichwohl halte die CDU-Ratsfraktion die Maßnahmen zur Erreichung der finanzpolitischen Ziele für absolut notwendig. Ferner sei er dankbar, dass alle über die Parteigrenzen hinweg gemeinsam und konstruktiv an dem Konzept gearbeitet haben.

Herr Weber stimmt dem Haushaltsstrukturkonzept im Grundsatz zu. Die Ablehnung der Windkraft könne er jedoch nicht nachvollziehen. Vor dem Hintergrund möglicher

Einnahmemöglichkeiten regt er an, diese Position nochmals zu überdenken. Auch wenn der Erweiterungsbau am Schulzentrum mit erheblichen Kosten verbunden sei, stehe man weiterhin hinter dem Vorhaben. Gleichzeitig erwarte er, dass die hierfür veranschlagten 12 Mio. Euro eine endgültige Obergrenze darstellen. Die tariflichen Erhöhungen im Personalbereich seien nachvollziehbar und würden mitgetragen, eine darüberhinausgehende Aufstockung des Personals sehe er hingegen sehr kritisch.

Herr Albers erklärt, dass er sich für die BFS den Ausführungen grundsätzlich anschließe. Zwar sei aus seiner Sicht nicht jeder Punkt des Haushaltsstrukturkonzepts positiv zu bewerten, insgesamt werde das Konzept jedoch mitgetragen. Hinsichtlich der Windkraft weist er darauf hin, dass insbesondere Bödefeld betroffen sei. Er äußert die Befürchtung, dass mit dem Bau der beiden vorgesehenen Windenergieanlagen die Grundlage für weitere zahlreiche Anlagen geschaffen und damit die Tür für eine weitergehende Entwicklung geöffnet werden könnte. In diesem Zusammenhang sehe er ein Spannungsfeld zwischen zusätzlicher Einnahmemöglichkeiten und dem Schutz von Natur und Landschaft.

Herr Meyer erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die vorgesehenen Kürzungen beim Kunsthaus Alte Mühle und bei der Jugendkunstschule nicht mittragen könne. Er hebt die Bedeutung beider Einrichtungen für die Stadt und insbesondere für die kulturelle und jugendbezogene Arbeit hervor. Zum Thema Windkraft weist Herr Meyer auf die mit einer Ablehnung verbundenen möglichen Einnahmeverluste für die Stadt hin. Aus seiner Sicht würden dadurch finanzielle Möglichkeiten nicht genutzt und Einnahmen verschenkt. Zudem weist er darauf hin, dass die geplanten Windenergieanlagen nicht von allen Bürgerinnen und Bürgern in Bödefeld negativ gesehen würden. Insgesamt äußert er Unverständnis über die ablehnende Haltung zur Windkraft vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt.

Seitens der SPD erklärt Herr Vollmer, dass aus seiner Sicht keine andere Möglichkeit bleibe, als dem Haushaltstrukturkonzept zuzustimmen. Zum Thema Windkraft schließt er sich den Ausführungen von Meyer und Weber an und bezeichnet die aktuelle Entwicklung als verpasste Chance. Zugleich lobt er die sachlichen und konstruktiven Beratungen, die im Vorfeld stattgefunden hätten. Abschließend teilt er mit, dass die SPD-Fraktion dem Haushaltstrukturkonzept zustimmen werde.

Herr Schröder sagt, dass er die Bedenken hinsichtlich der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nachvollziehen könne. Allerdings weist er darauf hin, dass die drei im Regionalplan ausgewiesenen Windenergieanlagen ohnehin errichtet würden. Die beiden zusätzlichen Anlagen auf städtischer Fläche seien aus seiner Sicht insbesondere für Bödefeld von Vorteil. Hierdurch könnten Einnahmen erzielt werden, die beispielsweise zur Finanzierung der neuen Dorfmitte eingesetzt werden könnten. Zudem weist er darauf hin, dass der Habichtscheid etwa 2,5 km von Bödefeld entfernt liege.

Herr Gierse betont, dass gerade in seiner Funktion als Vorsitzender des Bezirksausschusses die Diskussion nicht einfach sei. Die Bezirksausschüsse hätten sich mit deutlichen Mehrheiten gegen zusätzliche Windkraftanlagen ausgesprochen. Aus seiner Sicht stelle die Errichtung weiterer Anlagen einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Natur dar. Man verschenke in diesem Zusammenhang kein Geld, sondern Natur. Als Beispiele für die Auswirkungen verweist er auf die bestehenden Anlagen in Dornheim und Brabecke.

Herr Meyer weist darauf hin, dass es sich beim Habichtscheid nicht um eine Positivplanung handle, sondern der Bereich bereits im Regionalplan ausgewiesen sei. Bei der Entscheidung seien die Interessen der rund 25.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt insgesamt zu berücksichtigen und nicht ausschließlich die Interessen der Bödefelder.

Herr Winkelmann führt aus, dass die Wirtschaftlichkeit der Windenergieanlagen aus seiner Sicht deutlich nachlasse. Er vermutet daher, dass nicht alle bereits genehmigten Anlagen

tatsächlich errichtet werden. Auch Herr Eiloff weist auf die deutlich verschlechterte Ertragslage der Windenergieanlagen hin.

Aufgrund des Antrages auf Schluss der Aussprache durch Herrn Winkelmann beendet Herr Trippe die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bürgermeister Trippe stellt daraufhin folgende Beschlussvorschläge zur Abstimmung:

1. Die Stadtvertretung beschließt das als Anlage beigefügte Haushaltsstrukturkonzept mit folgenden Ergänzungen als verbindlichen Rahmen für die Haushaltsplanung und -ausführung der Jahre 2027 ff.:
 - a) der Ansatz unter Zf. 2.1, lfd. Nr. 16 "Zuschuss Deutschlandticket" wird auf 20.000 € reduziert und das Zuschussprogramm auf die einheitlich im Hochsauerlandkreis geltende Regelung zurückgeführt. Dies wird einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen
 - b) Unter Zf. 2.1 lfd. Nrn. 6 und 10 werden die Ansätze für die Zuschusszahlungen an das Kunsthaus Alte Mühle e.V. um 8.000 € und an die Jugendkunstschule um 6.000 € reduziert. Die Stadtvertretung beschließt das Vorangegangene bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen mehrheitlich.
2. Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung: Die Verwaltung wird beauftragt, Vorbereitungen für eine externe Organisationsuntersuchung zu treffen, die zum Ziel hat, die Aufbau- und Ablauforganisation der inneren Verwaltung sowie weitere Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit ergebnisoffen zu prüfen. Die hierfür benötigten Haushaltsmittel werden im Haushaltsplan 2027 bereitgestellt.
3. Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung: Die Verwaltung wird beauftragt, über die Umsetzung und Wirkung des Haushaltsstrukturkonzeptes zur Mitte der laufenden Wahlperiode gegenüber dem Rat zu berichten.
4. Die Stadtvertretung lehnt die Bereitstellung stadteigener Flächen im Bereich der Windvorrangzone „Habichtsscheid“ bei Bödefeld zur Projektierung von Windenergieanlagen bei 9 Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen und 23 Gegenstimmen mehrheitlich ab.

TOP 9. ÖPNV – Fortführung On-Demand-Verkehr ab 2027

XI/202

Herr Trippe stellt den Sachverhalt anhand der Vorlage vor.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, den On-Demand-Verkehr für die Linien 465 (Henne-Rartal) und 467 (Bauernland/Hawerland) ab dem 01.01.2027 für zunächst 2 Jahre als Probetrieb mit beiderseitigem vorzeitigem Kündigungsrecht fortzuführen und mit dem zuständigen Verkehrsunternehmen Westfalenbus GmbH einen entsprechenden Verkehrsvertrag abzuschließen.

TOP 10. Erneuerung Latroper Straße, Fleckenberg – Ergänzung Bauprogramm

XI/208

Herr Dicke stellt den Sachverhalt anhand der Vorlage vor.

Die Stadtvertretung genehmigt einstimmig die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 125.000 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2027.

TOP 11. Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der Stadt Schmallenberg **XI/213**

- Teilnahme am Förderprogramm „Heimatpreis“ des Landes NRW in den Jahren 2027 - 2029

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt wurde bereits im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Schmallenberg lobt in den Jahren 2027 bis 2029 – vorbehaltlich einer Förderung des Landes – den Heimatpreis aus.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den notwendigen Förderantrag bei der Bezirksregierung Arnsberg zu stellen.
3. Für die Vergabe des Heimat-Preises gelten die in dieser Vorlage unter „Vergabekriterien“ aufgeführten Kriterien.

TOP 12. Verschiedenes

TOP 12.1 Petition Skihütte Schanze

Herr Trippe berichtet über den aktuellen Sachstand und nimmt ausführlich Stellung zur Presseberichtserstattung. Ferner teilt er mit, dass dem Eigentümer mehrfach Hilfe zur „Legalisierung“ seitens der Stadtverwaltung angeboten worden sei, diese habe er jedoch nicht angenommen. Somit sei nichts anderes übriggeblieben, als die Ordnungsverfügung zur Beseitigung der illegalen baulichen Anlagen durchzusetzen. Die Unterschriften der Petition nehme er zur Kenntnis.



Bericht der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schmallenberg

Mitgliederzahlen

- 560 aktive Kameradinnen und Kameraden in der Einsatzabteilung
- 20 Kameradinnen und Kameraden in der Unterstützungsabteilung
- 210 Mädchen und Jungen in der Jugendfeuerwehr
- 156 Kameraden in unserer Ehrenabteilung

Fahrzeuge

- 5 Mannschaftstransportwagen
- 1 Einsatzleitwagen
- 1 Kommandowagen „Leiter der Feuerwehr“
- 1 Kommandowagen „Führungsdienst“
- 1 Mehrzweckfahrzeug (hauptamtlicher Gerätewart)
- 2 Drehleitern
- 1 Wechselladerfahrzeug mit drei Abrollbehältern
- 1 Tanklöschfahrzeug
- 1 Groß-Tanklöschfahrzeug
- 2 Tragkraftspritzenfahrzeuge mit Wasser



Fahrzeuge

- 12 Löschgruppenfahrzeuge
- 6 Hilfeleistungslöschfahrzeuge
- 1 Gerätewagen Gefahrgut / ab 10/2026 1 Gerätewagen Logistik
- 1 Anhänger Einsatzstellenhygiene
- 1 Anhänger mit einem Notstromaggregat (55 kVA)
- 1 Löschgruppenfahrzeug für die Überörtliche Bereitschaft (Bund)

Darf in der Kommunalen Planung nicht berücksichtigt werden – Standort Grafschaft –

- 1 Gerätewagen Messtechnik (HSK)
- 1 ABC-Erkunder Fahrzeug (Bund)

Einheiten

- 18 Einheiten + die Tageswache als 19. Einheit

Einsätze

- Stand heute **188** Einsätze und insgesamt **3.250** Einsatzstunden in 2026

Arbeitskreise

- AK Wald- und Vegetationsbrandbekämpfung
- AK Digitalisierung in der Feuerwehr
- AG Aus- und Fortbildung (ständige Arbeitsgruppe)
- AK Katastrophen- und Bevölkerungsschutz (ständiger Arbeitskreis)

Jährliche Aus- und Fortbildung auf Stadtebene

- Grundlehrgang Truppmann 1 (ca. 25 Teilnehmer)
- Grundlehrgang Truppmann 2 (ca. 25 Teilnehmer)
- Atemschutzlehrgang (20 Teilnehmer)
- Sprechfunkerlehrgang (20 Teilnehmer)
- Seminar Innenbrandbekämpfung (18 Teilnehmer)
- Fahrsicherheitstraining (2 x 10 Teilnehmer)
- TH-Wald „Grundlehrgang“ (20 Teilnehmer)
- TH-Wald „Fortbildung“ (20 Teilnehmer)
- TH-Wald „Fortbildung-Modul C“ (ca. 10 Teilnehmer)
- Jährliche Pflichtunterweisung (2x ca. 150 Teilnehmer)
- Diverse Führungskräfte Fortbildungen etc.

Dienstbesprechungen

- 2-3 Dienstbesprechungen mit den Einheitsführungen
- Monatliche Besprechung mit SG 32.1 und Wehrleitung
- Alle 2 Wochen Gespräch innerhalb der Wehrleitung
- Gespräche mit einzelnen Einheitsführungen
- Besprechungen der Arbeitskreise in Regelmäßigen abständen
- Ständige Überarbeitung der Ausbildung in einem speziellen Team

Überörtliche Einsätze

- Neben der Tätigkeit im kommunalen Brandschutz ist die Feuerwehr der Stadt Schmallenberg auch über die Stadtgrenzen interkommunal aktiv. Auf Kreisebene stellt die Stadt Schmallenberg einen überörtlichen Löschzug, sowie diverse Komponenten im Bereich ABC. Auf Landesebene sind wir im Bereich ABC, aber auch im Brandschutz tätig. Auch hier fallen jede Menge Stunden für Ausbildung, Dienstbesprechungen und Koordination an.

Neue Fahrzeuge

- 1 Mannschaftstransportwagen mit erweiterter Kommunikationseinrichtung
Löschzug Schmallenberg
- 1 Gerätewagen Logistik 2
Löschzug Bad Fredeburg
- 2 Hilfeleistungslöschfahrzeuge 10 (HLF 10)
Löschgruppen Oberkirchen und Oberhenneborn
- 1 Tanklöschfahrzeug (TLF 3000)
Löschzug Schmallenberg
- 1 Drehleiter (DLA-K 23/12)
Löschzug Schmallenberg

Brandschutzkleidung



Feuerwehrgerätehäuser



- Feuerwehraktionstag 2026
- Hauptamtlicher Gerätewart
- Redundantes Alarmsystem
- Digitalisierung Feuerwehr
- Couponbuch
- Jugendfeuerwehr



NOCH FRAGEN

?

Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 59 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW zur Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Schmallenberg zum 31.12.2025

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt gegenüber dem Rat der Stadt Schmallenberg zur Prüfung des Jahresabschlusses 2025 wie folgt Stellung:

Der Jahresabschluss der Stadt Schmallenberg bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2025, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und den Teilrechnungen für das Geschäftsjahr 2025 sowie der Anhang und Lagebericht nebst Anlagen wurden vom Rechnungsprüfungsausschuss unter Einbeziehung der Berichte der örtlichen Rechnungsprüfung sowie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner geprüft.

Die Prüfung des Jahresabschlusses schließt mit dem folgenden Ergebnis:

Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen sowie den ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stadt zum 31.12.2025 sowie ihrer Ertragslage des Geschäftsjahres 2025. Der Lagebericht steht mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt. Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt.

Vom Rechnungsprüfungsausschuss werden nach Abschluss der Prüfung keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss 2025 erhoben. Der vom Kämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister bestätigte Jahresabschluss einschließlich des Lageberichtes werden gebilligt.

Schmallenberg, den 15.09.2026



Dietmar Weber
Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Schmallenberg

Reden zum Haushaltsstrukturkonzept 2026, Ratssitzung 17.09.2026

(es gilt das gesprochene Wort)

Teil I – Bürgermeister Trippe

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

im November vergangenen Jahres habe ich meinen ersten Haushalt als Bürgermeister hier einbringen dürfen – angesichts von 6,2 Mio. € Defizit vielleicht besser gesagt einbringen müssen. Über die Ausführung des Haushalts hat unser Kämmerer soeben berichtet. Es ist, anders als in vielen anderen Kommunen, zwar nicht schlechter geworden, allerdings im Großen und Ganzen auch nicht besser. Hierbei richtet sich der Blick besonders auf die stabile Entwicklung der Gewerbesteuer, ohne die sich die Dinge noch ganz anders darstellen würden.

Wie lange der Trend sinkender Gewerbesteuereinnahmen noch an uns vorbeigeht, ist in Anbetracht der welt- und bundespolitischen Entwicklungen nicht absehbar. Die Meldungen über Kommunen, denen diese Einnahmeposition gerade massiv einbricht und die Haushaltssperren erlassen müssen, gehen weit über Südwestfalen hinaus. Was solche Entwicklungen für Schmallenberg bedeuten würden, kann sich jeder der hier Anwesenden ausmalen.

Mit dem Haushaltsbeschluss für 2026 haben Sie, meine Damen und Herren, gleichzeitig beschlossen, ein neues Haushaltsstrukturkonzept anzugehen – nach 2005 und 2015 bereits das dritte. Diesen Schritt haben wir in der Verwaltung ausdrücklich begrüßt und schon mit der Einbringung des Haushalts vorgeschlagen.

Das Plandefizit für 2026 war und ist über alle Maßen besorgniserregend. Dennoch war es uns wichtig, überlegt vorzugehen und keine Schnellschüsse zu produzieren. Schließlich müssen wir uns bewusst sein: Jede Einsparung stellt die betroffenen Bürgerinnen, Bürger und Institutionen vor handfeste Probleme. Insbesondere beim Ehrenamt ist ein maßvolles Vorgehen Pflicht, um bestehende, wichtige Strukturen nicht gänzlich zu zerschlagen.

Darum verbietet sich hier auch die Rasenmähermethode. Kürzungen, die der eine noch ertragen kann, bedeuten für den anderen den Todesstoß, weil die nackte Existenz bedroht wird. Und gerade im Ehrenamt gilt: Was einmal weg ist, ist weg.

Heute, ein gutes Dreivierteljahr später, ist dieses Konzept beschlussreif. Und es ist wahrlich alles andere als ein Wunschprogramm. Vielmehr ist es ein kritischer Blick darauf, was wir uns noch leisten wollen – oder besser: leisten müssen, um wichtige Angebote vor dem Aus zu bewahren.

Ich habe bewusst den Begriff „leisten können“ vermieden. Denn Fakt ist: Die Einnahmen des Haushalts decken die Pflichtausgaben gerade so. Jede einzelne freiwillige Ausgabe erhöht direkt unseren Fehlbetrag. Dieser Umstand zeigt das kommunale Dilemma in seinem ganzen Ausmaß.

Gemeinsam schlagen Sie fraktionsübergreifend Einsparungen bei freiwilligen Leistungen von gut 300.000 € vor. Weiterhin hat man sich im Antrag der Fraktionen auf Erhöhungen der Steuern und Abgaben von rund 1,70 Mio. € verständigt. Darüber hinaus haben wir seitens der Verwaltung zugesagt, die internen Budgets um zusätzliche 250.000 € zu kürzen, Personalkostensteigerungen nur noch im Rahmen der tariflichen Erhöhungen zuzulassen und in den kommenden Monaten tiefgreifende Strukturanalysen des Gesamtkomplexes Stadt Schmallenberg vorzunehmen. Auch mit Einrichtungen wie dem Schmallenberger Sauerland Tourismus und dem SUZ stehen wir im engen Austausch, um Einsparpotenziale zu benennen und den Zuschussbedarf für uns als Kommune zu reduzieren. Die Prozesse sind angestoßen und im Fluss.

Jeder der vorgeschlagenen Schritte für sich ist schmerzhaft, betrifft er doch gleichermaßen das Ehrenamt und die Einwohnerinnen und Einwohner vom Kindesalter bis zum Erwachsenen. Und sicherlich wird Ihnen und mir der ein oder andere Bürger - vielleicht auch die anwesenden Medien - wenig Kreativität beim Sparen vorwerfen. Aber in diesem Fall entsprechen die gemachten Vorschläge genau dem, was ich eingangs sagte – einem ersten Schritt mit Augenmaß. Wir alle haben die Positionen wieder und wieder auf den Prüfstand gestellt und die Dinge abgewogen. Und auch die Erhöhung der Gebühren und Abgaben bleibt unausweichlich. Dabei ist es mir wichtig zu betonen, dass wir von den geringsten Hebesätzen in ganz Südwestfalen kommen und trotz der angedachten Erhöhungen auch mit die niedrigsten Hebesätze behalten werden, vielleicht sogar die niedrigsten, da sich auch andere Kommunen gezwungen sehen werden, es uns gleich zu tun.

Meine Damen und Herren,

Wir als unterste Ebene staatlichen Handelns sind mit Ach und Krach in der Lage, die Pflichtaufgaben überhaupt noch finanziell zu stemmen. Eigener Gestaltungsspielraum? Fehlanzeige! Damit verliert die Stadt Schmallenberg faktisch die Kernsubstanz ihrer kommunalen Selbstverwaltung – einen Verfassungsauftrag, der uns eigentlich eigene Spielräume garantiert.

Hier sind Bund und Land gefragt, die kommunale Finanzausstattung ausreichend sicherzustellen. Es kann nicht sein, dass wir immer neue Aufgaben zugeteilt bekommen, wo das Geld nur anfänglich oder am liebsten gar nicht mitgegeben wird. Verstehen Sie mich richtig: Wir wehren uns nicht gegen jede Form von Aufgaben – vieles kriegen wir hier im Sinne der Subsidiarität besser organisiert als Bund und Land. Aber dann muss auch das Konnexitätsprinzip wieder gelten, oder sauerländisch prägnant auf den Punkt gebracht: „Wer die Musik bestellt, muss sie auch

bezahlen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir alle gehen diesen Weg nicht, weil wir den Rotstift lieben, sondern weil uns bewusst ist, dass wir alles dafür tun müssen, unsere Ausgleichsrücklage zu schonen, um möglichst lange von ihr zu profitieren. Ist diese aufgebraucht und auch kein fiktiver Haushaltsausgleich mehr möglich, droht uns die Haushaltssicherung – und damit der Verlust der Selbstbestimmung über unsere Ausgaben.

Spätestens dann werden wir lernen, dass die Daumenschrauben der Sparmaßnahmen noch einige Gewindegänge mehr haben.

Meine Damen und Herren,

verehrte Ratskolleginnen und -kollegen, erlauben Sie mir an dieser Stelle noch ein persönliches Wort:

Ich begrüße es ausdrücklich, dass Sie sich über Fraktionsgrenzen hinweg auf einen in vielen Punkten abgestimmten, im Kern gemeinsamen Antrag zum Haushaltsstrukturkonzept verständigen konnten. Dies zeigt, dass wir alle verstanden haben was vor uns liegt, und dass wir diesen Weg nur im Miteinander beschreiten können, wenn Politik vor Ort glaubwürdig bleiben möchte. Anders gesagt: Dieses Thema ist zu wichtig und taugt nicht zum Klamauk. An der Sache und am Wohle der Stadt und ihrer Bürger orientiert an Lösungen arbeiten, dass ist es was wir brauchen. Hierfür möchte ich Ihnen auch persönlich danken.

Und mit Verlaub: Wenn man sich insbesondere in Berlin an diesem pragmatischen Miteinander ein Beispiel nehmen würde, würden die Kassandrarufe der linken und rechten Ränder weitestgehend ins Leere laufen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Teil II – Kämmerer Plett

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtvertretung,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich möchte mich den Worten von Bürgermeister Trippe noch mit ein paar Anmerkungen anschließen, um die heute vorgesehene Beschlussfassung in das aktuelle Haushaltsgeschehen einzuordnen:

In der Verwaltung erarbeiten wir aktuell den Haushaltsentwurf für das Jahr 2027 mit dem Ausblick in der mittelfristigen Finanzplanung, die bis zum Jahr 2030 reicht. In der Vorplanung steht aktuell für das Jahr 2027 ein Defizit in einer Größenordnung von 6 – 6,5 Mio. €, die Fehlbeträge bis 2030 sind ähnlich hoch und summieren sich einschließlich der zu erwartenden Unterdeckung des laufenden Jahres auf 30 Mio. €. Zur Erinnerung: Die zur Verfügung stehende Ausgleichsrücklage beläuft sich nach Verbuchung des Defizits aus dem Jahresabschluss 2025 auf 26 Mio. €. Kurzum: Die Rahmenbedingungen haben sich nicht geändert - im Gegenteil, der Beschluss von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ist dringender denn je.

Die Haushaltsplanung ist in diesen finanziell schwierigen Zeiten für einen Kämmerer stellenweise frustrierend: So kann ich zwar mit Mehrerträgen aus Schlüsselzuweisungen und auch mit besseren Steuereinnahmen rechnen, diese fangen aber nicht annähernd die massiven Kostensteigerungen vor allem in der Kinder- und Jugendhilfe und für die Kreisumlage auf – alles Aufwandspositionen, die wir nicht beeinflussen können. Allein an Kreisumlage werden wir im nächsten Jahr nochmals 840 T€ mehr überweisen müssen. In den letzten 5 Jahren ist die Umlagelast für Schmallenberg um stattliche 5,8 Mio. € angestiegen. Ich möchte an dieser Stelle aber betonen, dass der Hochsauerlandkreis nach meiner Einschätzung nahezu alle ihm zur Verfügung stehenden Stellschrauben nutzt, um das dortige Defizit zu reduzieren. Da aber auch dessen Möglichkeiten beschränkt sind, bleibt der Kreisverwaltung letztlich auch nur noch die Möglichkeit der Ankündigung einer Kreisumlageerhöhung. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung sind die massiv steigenden Soziallasten, die u.a. über den Landschaftsverband Westfalen-Lippe beim Kreis und dann letztlich bei uns ankommen.

Ich durfte gestern bei der Vorstellung des LWL-Haushalts 2027 in Münster zugegen sein und ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass man sich angesichts der dort vorgestellten schwindelerregenden Zahlen fragt, wo das alles noch hinführen soll. Um nur ein Beispiel zu nennen: Allein im Zuständigkeitsbereich des LWL steigen die Kosten für Eingliederungs- und Sozialhilfen im nächsten Jahr um 220 Mio. € an; Kosten, die allein von den Kommunen zu tragen sind. Ich darf an dieser Stelle

Carl Georg Müller vom Städte- und Gemeindebund zitieren, der es gestern zutreffend in etwa so formulierte: *Die kommunalen Haushalte sind mittlerweile die „Bad Bank“ von sozialpolitischen Leistungszusagen, die auf Bundes- und Landesebene beschlossen werden. Die Kommunen werden sich nicht aus eigener Kraft gesund konsolidieren können. Dringend benötigt wird eine umfassende Sozialstaatsreform einhergehend mit einer Neuordnung der Kommunalfinanzierung.*

Da es hierfür, so ist jedenfalls mein Eindruck, in Berlin und Düsseldorf am Umsetzungswillen fehlt, bleibt uns letztlich nichts anderes übrig, als die verbleibenden eigenen Steuerungsmöglichkeiten zur Konsolidierung zu nutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ja – das Konsolidierungsergebnis aus den Zielvorgaben des Haushaltsstrukturkonzeptes mit 2,2 Mio. € mag auf den ersten Blick angesichts der genannten hohen Fehlbeträge zu wenig ambitioniert klingen. Ich halte es dennoch für ein gutes und annehmbares Ergebnis. Das Konzept enthält weitere Weichenstellungen, die heute noch nicht konkret bezifferbar sind aber – und davon bin ich überzeugt - mittelfristig ebenfalls Wirkung zeigen werden. Am Ende erkaufen wir uns mit den heute zur Diskussion stehenden Maßnahmen Zeit. Zeit die für die Handlungsfähigkeit unserer Kommune sehr wertvoll ist und die andere schon nicht mehr haben.

Ich habe die Stadtpolitik hier über die letzten 15 Jahre, in denen ich im Bereich Finanzen tätig bin, stets so wahrgenommen, dass immer wieder über Fraktionsgrenzen hinweg kluge finanzpolitische Entscheidungen getroffen wurden. Die heutige Beschlussfassung des Haushaltstrukturkonzepts kann und sollte ein weiterer Baustein in diese Richtung sein.

Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei Ihnen für den guten Austausch und die konstruktive Zusammenarbeit bei der Aufstellung des finalen Konzepts bedanken. Neben den herausgearbeiteten Maßnahmen war es aus meiner Sicht sehr hilfreich, dass wir dem neuen Rat über das Konzept nochmals einen ausführlichen Einblick in die einzelnen Positionen des Haushalts sowie deren Zusammenhänge geben konnten und wir als Verwaltung auch die Gelegenheit hatten, die ein oder andere Entwicklung näher zu erläutern und zu begründen. Ich biete an und lade Sie ein, diesen konstruktiven Austausch auch für die nächstjährigen Haushaltsplanungen beizubehalten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!